

Visum nur gegen Passwort

US-Regierung prüft verschärfte Kontrollen – mithilfe der Zugangsdaten zu sozialen Medien

VON STEFAN KOCH

WASHINGTON. Der neuen US-Regierung schwebt offenbar eine ganz neue Dimension der Überwachung vor. Geht es nach den Vorstellungen von Heimatschutzminister John Kelly, sollen Einreisende künftig ihre persönlichen Passwörter für die sozialen Medien preisgeben.

Bei einer Anhörung im Re-

Anti-Terror-Einsatz verärgert den Jemen

Aus Verärgerung über zivile Opfer bei Donald Trumps erstem Anti-Terror-Einsatz hat der Jemen den USA laut einem Bericht der „New York Times“ die Erlaubnis für Bodentruppeneinsätze entzogen. Die Kommandoaktion von US-Spezialkräften am 29. Januar in der Provinz Al-Baida war die erste, die Trump gebilligt hatte. Dabei waren Zivilisten, 14 Kämpfer von Al-Kaida sowie ein US-Soldat getötet worden.

Nach Angaben der „New York Times“ fällt Trump die Entscheidung für den Einsatz bei einem Abendessen mit Sicherheitsberatern. Üblicherweise werden Kommandoaktionen wie diese minutiös im so genannten Situation Room des Weißen Hauses durchgegangen und besprochen.

präsidentenhaus kam der frühere General am Dienstagabend (Ortszeit) zunächst mit einer Nebenbemerkung auf die verschärften Methoden zu sprechen: „Wir denken über eine zusätzliche Überprüfung nach. Vielleicht wollen wir an die sozialen Medien der Einreisenden herankommen – mit ihren Passwörtern.“ Der Heimatschutzminister hält es für erforderlich, im Zweifelsfall sämtliche Webseiten zu überprüfen, die die Antragsteller in der Vergangenheit besuchten. Diese Kontrolle sei vor allem bei Menschen aus Staaten vorstellbar, die nicht mit den US-Behörden kooperieren würden. „So könnten wir sehen, was sie im Internet machen. Wenn sie nicht kooperieren wollen, kommen sie nicht rein.“ Für die Behörden sei es bisher schwierig, Personen aus den Ländern zu kontrollieren, die aus dem Irak, dem Iran, dem Jemen, Libyen, Somalia, dem Sudan oder Syrien stammen.

Gegenüber den Abgeordneten hob Kelly hervor, dass es sich bei diesen Überlegungen bisher nur um Gedankenspiele seines Ministeriums handle. Angesichts der anhaltenden Terrorgefahr hält es der 66-Jährige aber für unabdingbar, Personen schärfer zu kontrollieren, die sich um ein US-Visum bemühen.

Angesichts des Durcheinanders, das derzeit um das Einreiseverbot herrscht, entschuldigte sich der Minister



Kämpft um sein Einreiseverbot: US-Präsident Donald Trump glaubt, dass juristische Entscheidungen gegen ihn politisch motiviert sein könnten.

FOTO: DPA

vor den Parlamentariern persönlich: „Mit den Vorgaben habe ich zu überstürzt gehandelt.“ Dennoch bleibe die allgemeine Vorgabe bestehen: „Der Präsident hat schärfere Grenzkontrollen verlangt und dies mit dem Schutz vor islamistischen Extremisten begründet. Diesem Auftrag fühle ich mich verpflichtet, auch wenn die Maßnahmen zu Verzögerungen bei der Einreise führen“, so Kelly.

Nachdem ein Bundesrichter den Einreisestopp am Freitag aufgehoben hatte, fand in der Nacht zu Mittwoch eine erste Anhörung vor dem Berufungsgericht in San Francisco

statt. Die drei Richter verlangten von der Trump-Administration Beweise, dass es in den betroffenen Staaten Verbindungen zum Terrorismus gibt. Bisher konnte die US-Regierung nur auf einige Somalier verweisen, die sich in Amerika aufhalten und Kontakte zu Terrorgruppen unterhalten würden.

Die Richter deuteten bei der Anhörung an, dass der präsidentielle Erlass keineswegs auf eine Religion abziele, da weltweit nur 15 Prozent der Muslime von dem Einreisestopp betroffen wären. Von einer verfassungswidrigen Haltung gegenüber einer be-

stimmten Religion könne daher keine Rede sein. Dagegen sei die Gefahr, die von radikalen islamistischen Gruppen ausgeht, sehr konkret. Das Gericht räumte allerdings ein, dass sich sowohl Trump als auch seine Berater wiederholt moslemfeindlich geäußert hätten. Vorsorglich ließ der US-Präsident per Twitter seine Anhänger wissen, dass der Einreisestopp dringend notwendig sei, um die Sicherheit Amerikas zu gewährleisten. In seinen Kurznachrichten betonte Trump, dass die Entscheidung des kalifornischen Berufungsgerichts politisch motiviert sein könnte.